



*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,*

in der neuesten Ausgabe meines Berichts aus Berlin informiere ich Sie wieder über die aktuellen politischen Geschehnisse aus Berlin und gebe Ihnen einen Einblick über meinen Einsatz für Mannheim. Jederzeit können Sie auch einen Überblick über meine politische Arbeit auf meiner Homepage oder auf meiner Facebookseite gewinnen.

Ihr

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. [Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus](#)
2. [Wechsel im Bundeswirtschaftsministerium und im Auswärtigen Amt](#)
3. [Fortsetzung deutscher Streitkräfte in Mali \(MINUSMA\)](#)
4. [Fortsetzung deutscher Streitkräfte zur Ausbildung in Kurdistan-Irak](#)
5. [Einsatz von mobiler Videotechnik zur Fahndung bei Gefahrenlagen](#)
6. [Relevantes aus Mannheim und der Region](#)

1. Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus

Am Holocaust-Gedenktag haben die Abgeordneten im Plenum des Deutschen Bundestages erstmals besonders der Opfer der NS-"Euthanasie"-Morde gedacht.

Der Hornist Felix Klieser und der Pianist Moritz Ernst spielten während der Gedenkstunde im Bundestag Kompositionen von Norbert von Hannenheim, dessen Werk von den Nazis als "entartet" bezeichnet wurde. Felix Klieser kam ohne Arme zur Welt und spielt das Horn-Instrument mit den Füßen.

In der Gedenkstunde erinnerte der Bundestag an die Millionen Opfer des Holocausts und des Nazi-Regimes. Parlamentspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert (CDU) betonte die Verantwortung Deutschlands, diese Verbrechen nie zu vergessen, und verwies auf Artikel 1 des Grundgesetzes: "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt." Lammert fuhr fort: "Doch die Geschichte zeigt: Die Würde des Menschen ist antastbar. Nirgendwo wurde dieser Nachweis gründlicher erbracht als in Deutschland."

"Wir gedenken in diesem Jahr besonders der Kranken, Hilflosen und aus Sicht der NS-Machthaber 'Lebensunwerten', die im sogenannten 'Euthanasie'-Programm ermordet wurden", so Lammert. Es gehe um "300.000 Menschen, die meisten zuvor zwangssterilisiert und auf andere Weise gequält." Zwischen der "Euthanasie" und dem Völkermord an den europäischen Juden habe "ein enger Zusammenhang" bestanden, führte Lammert weiter aus. "Als 'Probelauf zum Holocaust' gilt das Töten durch Gas, das zuerst bei den 'Euthanasie'-Opfern praktiziert und damit zum Muster für den späteren Massenmord in den NS-Vernichtungslagern wurde."

An der Gedenkstunde des Parlaments nahm auch Bundespräsident Joachim Gauck teil. Seit 1996 wird auf Anregung des damaligen Staatsoberhauptes Roman Herzog am 27. Januar - dem Tag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau - in Deutschland der NS-Opfer gedacht. 2005 riefen die Vereinten Nationen diesen Tag zum internationalen Holocaust-Gedenktag aus.

Der Neffe des "Euthanasie"-Opfers Benjamin Traub, Hartmut Traub, sagte im Bundestag, Erinnern sei mehr als bloßes Zur-Kenntnis-Nehmen. "Erinnern - so sagt es das Wort - geht uns innerlich an. Es betrifft uns." Manches Erinnern erfordere Mut und Beharrlichkeit. "Manches Erinnern ist eine Pflicht, die uns der Wille zur Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit gegenüber Schuld und Versagen auferlegt." Traub war einer von mehreren Rednern, die Einzelschicksale von "Euthanasie"-Opfern schilderten.

2. Wechsel im Bundeswirtschaftsministerium und im Auswärtigen Amt

Der Vorschlag, Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier (SPD) als Kandidaten für das Bundespräsidentenamt zur Wahl zu stellen, zog Änderungen in den SPD-besetzten Bundesministerien nach sich. Der Vizekanzler und bisherige Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel sowie der bisherige Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier wurden vom Bundespräsidenten Joachim Gauck aus ihren Ämtern entlassen. Anschließend wurde Sigmar Gabriel zum Bundesaußenminister und die bisherige Parlamentarische Staatssekretärin und ehemalige Bundesjustizministerin, Brigitte Zypries, zur neuen Bundeswirtschaftsministerin ernannt. Im Plenum des Deutschen Bundestages wurde sie anschließend vereidigt.

In kurzen Ansprachen würdigte Gauck die Verdienste Steinmeiers und Gabriels in ihren bisherigen Ämtern. "Der Name Steinmeier steht für Unermüdlichkeit, dafür, weiter zu verhandeln, zu vermitteln und zu überzeugen", so der Bundespräsident. An Gabriel gerichtet hob er dessen Einsatz für Arbeitsplätze und für Wachstum hervor. "Sie übernehmen das Außenamt in schwierigen Zeiten. Es geht um viel: Wir stehen vor der Herausforderung, die Europäische Union und die transatlantische Partnerschaft zu verteidigen und zukunftsfest zu machen. Ich wünsche Ihnen für diese Aufgabe Glück und gutes Gelingen", so Gauck weiter. Auch Brigitte Zypries wünschte er "eine glückliche Hand", um an das anknüpfen zu können, was Gabriel und sie in ihrer bisherigen Funktion bereits auf den Weg gebracht hätten.

3. Fortsetzung deutscher Streitkräfte in Mali

Nach der ersten Lesung in der vergangenen Sitzungswoche beriet das Plenum des Deutschen Bundestages nun in zweiter Lesung den Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung und erweiterten Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali. In einer namentlichen Abstimmung wurde dieser Antrag anschließend angenommen. Mit dem Einsatz tragen wir zur Stabilisierung Malis sowie des weiteren Sahel-Raums und Libyens bei. Das Mandat wird bis zum 31. Januar 2018 verlängert und die bisherige Obergrenze auf bis zu 1000 Soldaten erhöht. Die deutsche Beteiligung an der Mission umfasst im Wesentlichen Führung und Führungsunterstützung, Sicherung und Schutz, sanitätsdienstliche Versorgung sowie Lufttransport und gegebenenfalls Luftbetankung.

4. Fortsetzung deutscher Streitkräfte zur Ausbildung in Kurdistan-Irak

Ebenso beriet das Plenum des Deutschen Bundestages abschließend über den Antrag der Bundesregierung auf Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte. In einer namentlichen Abstimmung wurde der Antrag angenommen. Durch die Verbesserung der Ausbildung der Peschmerga-Kräfte unterstützt Deutschland aktiv die Stabilisierung der Region und die Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Seit Beginn des Mandats konnten gemeinsam mit den europäischen Partnern bereits über 12.000 Sicherheitskräfte ausgebildet werden. Das Mandat soll bis zum 31. Januar 2018 verlängert werden und die personelle Obergrenze unverändert bei 150 Soldaten bleiben.

5. Einsatz von mobiler Videotechnik zur Fahndung bei Gefahrenlagen

Der terroristische Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz und die jüngsten Gewaltexzesse in Berliner U-Bahnhöfen zeigen, dass die Ausweitung der Videotechnik unerlässlich ist. Der Einsatz dieser Technik dient der Verfolgung von Straftätern und wirkt im Bereich der Alltagskriminalität abschreckend.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag setzt sich für eine Ausweitung der Videoüberwachung ein und stellt sich damit gegen den rot-rot-grünen Senat in Berlin, der diesen Schritt nicht gehen möchte. Die Videoüberwachung soll an sensiblen Punkten gestärkt werden. Der Vorschlag des Bundesinnenministers, Dr. Thomas de Maiziére(CDU), für ein Videoüberwachungsverbesserungsgesetz, zur Überwachung von öffentlich zugänglichen Anlagen wie Einkaufszentren und Sportstätten wurde daher im Plenum des Deutschen Bundestages beraten. Darüber hinaus wollen wir der Bundespolizei den Einsatz automatischer Kennzeichenlesesysteme ermöglichen, um besser nach gesuchten Fahrzeugen und Insassen fahnden zu können. Um einen besseren Schutz der Polizisten zu gewährleisten wird über den Einsatz körpernah getragener Kameras (sog.Bodycams) beraten. Es ist eine geeignete Methode, Gewalt gegen Polizeibeamte einzudämmen und gleichzeitig Straf- und Ordnungswidrigkeiten besser verfolgen oder gar beweisen zu können.

6. Relevantes aus Mannheim und der Region

Ursulinengymnasium zu Besuch in Berlin

23 Schülerinnen und Schüler der Kursstufen 1 und 2 des Ursulinengymnasiums Mannheim besuchten auf meine Einladung hin den Deutschen Bundestag in Berlin. Die Schüler wurden von ihren Lehrkräften Marcus Ohl und Melanie Spahr begleitet. Der Besuch begann mit einem Gespräch der Schülerinnen und Schüler mit mir. Sie hatten zahlreiche Fragen zu den Schwerpunkten Auswärtiges und Menschenrechte und zur bevorstehenden Bundespräsidentenwahl. Auffallend interessiert zeigten sich die Schülerinnen und Schüler an meiner Einschätzung von Brexit, den Präsidentenwahlen in den Vereinigten Staaten und den bevorstehenden Wahlen in Frankreich und Deutschland. Großes Interesse weckte auch mein häufiger Einsatz als OSZE-Wahlbeobachter. Nach unserem Gespräch stärkten sich die Schülerinnen und Schüler bei einem Abendessen im Besucherrestaurant des Deutschen Bundestages. Danach verfolgten sie für eine Stunde eine Plenardebatte auf der Besuchertribüne des Plenarsaals im Deutschen Bundestag und als letzten Programmpunkt dieses sehr spannenden Besuches genossen die Besucher aus Mannheim von der Reichstagskuppel einen Blick über das spätabendliche Berlin.



Bild: Die Schülerinnen und Schüler der Kursstufen 1 und 2 des Ursulinengymnasiums mit ihren Lehrkräften Marcus Ohl und Melanie Spahr und Prof. Dr. Egon Jüttner MdB (v.r.)

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf.
Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich
an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 722 91

E-Mail: egon.juettner@bundestag.de

Internet: www.egon-juettner.de